

Sitzungsperiode 2019-2020  
Gemeinsame Sitzung aller Ausschüsse vom 25. Mai 2020

---

### FRAGESTUNDE\*

- **Dringende Frage Nr. 250 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zu den Entscheidungsbefugnissen der Mitglieder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Konzertierungsausschuss und Nationalem Sicherheitsrat**

In einem Grenz-Echo Interview vom Wochenende erklärten Sie, dass die Ministerpräsidenten der Gemeinschaften und Regionen im Sicherheitsrat keine Entscheidungsbefugnis hätten. Fast alle Beschlüsse des Sicherheitsrates fielen in den ausschließlichen Zuständigkeitsbereich des Föderalstaates. Parallel zu Ihrer Aussage erfuhren wir, dass der flämische Bildungsminister Ben Weyts den Schulen in Flandern die Möglichkeit gibt, ab dem 2. Juni die Kindergärten und Primarschulen wieder vollständig zu öffnen. Dies rief wiederum ihren Amtskollegen der Französischen Gemeinschaft, auf den Plan, Herrn Jeholet, der dies stark kritisierte, jedoch nicht in Frage stellte.

Daher meine Frage an Sie, Herr Ministerpräsident:

*Inwieweit ist die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft rechtlich an Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates und des Konzertierungsausschusses gebunden, insofern sie Zuständigkeiten der DG betreffen?*

- **Dringende Frage Nr. 251 von Herrn SPIES (SP) an Ministerpräsident PAASCH zu der gestrigen Zusammenkunft am Sankt Vither Rathaus**

Gestern Morgen kamen rund 120 Personen am Sankt Vither Rathaus zusammen, um gemeinsam ein Zeichen zu setzen. Angefangen bei der Grenzöffnung, über die Maßnahmen im Horeca-Sektor und die Wiedereröffnung der Schulen bis hin zur Solidarität gegenüber dem Pflegesektor waren die genauen Beweggründe jedes einzelnen Teilnehmers ganz unterschiedlicher Natur.

Auch wenn die Zusammenkunft vollkommen friedlich verlief, ist dies doch ein deutliches Zeichen dafür, dass der Unmut innerhalb der Bevölkerung wächst und viele Bürger ihrem Ärger und Unverständnis Luft machen wollen. Man könnte also durchaus davon ausgehen, dass ähnliche Initiativen in den kommenden Tagen und Wochen folgen werden.

Angesichts solcher Treffen stellt sich somit die Frage, inwiefern derzeit noch Solidarität alleine zuhause oder aber in Gruppen gleichgesinnter gefordert ist- „Stay at home“ oder aber „stay together“.

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen den von den Fragestellern hinterlegten Originalfassungen.

Fakt ist, dass die gestrigen Geschehnisse zum Ziel hatten, sich bei den politischen Verantwortlichen Gehör zu verschaffen.

Vor diesem Hintergrund würde mich interessieren, welche konkreten Schritte die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft nun unternehmen wird, um dem zunehmenden Unmut und Missverständnis entgegen zu wirken?

Wohlwissend, dass die Corona-Maßnahmen auf föderaler Ebene getroffen werden, sind wir der Auffassung, dass Sanktionierungen langfristig keineswegs das richtige Mittel zum Zweck sind.

- **Frage Nr. 213 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zu den Opfern der Corona-Pandemie in Ostbelgien**

Damit künftig aus Krisen, Pannen und Fehlern gelernt wird, müssen Grundlagen geschaffen werden, auf die Verantwortungsträger unterschiedlicher Ebenen zurückgreifen können. Unter anderem sind dabei Angaben zur Altersstruktur oder zur Herkunft der Opfer (etwa aus Altenheimen) von großer Bedeutung.

Diese Grundlagen können auch dann von Bedeutung sein, selbst wenn sie nur ein relativ kleines Gebiet wie die Deutschsprachige Gemeinschaft betreffen.

Wissend, dass statistische Angaben – etwa zur Altersstruktur der Corona-Opfer oder zu deren Herkunft aus Altenheimen - grundsätzlich im Rahmen schriftlicher Fragen erbeten werden, werde ich – sollte die Regierung diese Zahlen nicht im Rahmen dieser Frage mitteilen – dazu eine entsprechende Frage nachreichen. Dennoch würde ich mich über einen kurzen Hinweis hierzu im Rahmen dieser mündlichen Frage freuen.

Hierzu folgende Fragen:

- *Verfügt das DG-Ministerium oder die Regierung über Zahlenmaterial hinsichtlich der Opfer der Corona-Pandemie auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft?*
- *Wenn nein: Welche Gründe liegen vor, sich dieses Zahlenmaterial nicht zu besorgen, um damit weitere Untersuchungen zu begünstigen oder daraus Erkenntnisse zu gewinnen?*
- *Wenn ja: In welchem Rahmen stehen diese Zahlen der Öffentlichkeit zur Verfügung?*

- **Frage Nr. 214 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zur Prämienzahlung an die Mitarbeiter\*innen des Pflegesektors**

Durch das Krisendekret II ermächtigte unser Parlament die Regierung, Prämienzahlungen für das Pflegepersonal in unseren Altenheimen vorzusehen. Gleichzeitig verabschiedeten wir eine Resolution, durch die eine ähnliche Lösung auch für die Pflegekräfte der Krankenhäuser vorzusehen ist.

Die Tinte dieser Dokumente ist gerade trocken, da kündigt Minister De Croo an, dass es wahrscheinlich keine Prämie dieser Art geben werde.<sup>1</sup>

Hierzu folgende Fragen:

- *Hat die DG-Regierung nach der Verabschiedung der besagten Beschlüsse unseres Parlaments Kontakte mit den Regierungen der anderen belgischen Gliedstaaten und mit der Föderalregierung aufgenommen, um besagte Bonuszahlung umsetzen zu können?*
- *Welche sind die Konsequenzen von De Croos Statement vor dem Hintergrund der verabschiedeten Beschlüsse unseres Hauses zur Prämienauszahlung an Beschäftigte des Pflegesektors in den Krankenhäusern und Altenheimen?*

---

<sup>1</sup> <https://www.7sur7.be/belgique/il-n-y-aura-finalement-pas-de-prime-pour-le-personnel-soignant~a2b4cc4d/?referrer=https://www.google.com/>

- *Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist auch ohne Einverständnis der Gliedstaaten in der Lage, eine Prämie an die Angestellten des Pflegesektors der Altenheime auszuzahlen. Wird sie das angesichts der Erklärung aus Brüssel unter Umständen auch tun?*

- **Frage Nr. 215 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerpräsident PAASCH zur Öffnung der Schwimmbäder und Spielplätze in Corona-Zeiten**

Mehr und mehr Eltern beschwerten sich über die Tatsache, dass die Kinderspielplätze und Schwimmbäder immer noch geschlossen sind.

Seit dem 16. März sind die Kinder quasi zu Hause eingesperrt. Die Kindergärten werden nicht vor September öffnen und niemand weiß heute, wie es im September überhaupt weiter geht. Vor allem für die ganz Kleinen ist dies unbegreiflich und dies wirkt sich, wie Psychologen bestätigen, negativ auf ihre Psyche und Entwicklung aus.

Dabei ist das Wetter seit Langem sehr gut. Bewegung an der frische Luft ist gesund, stärkt das Immunsystem und schafft Ausgleich. Nun können Kinder zwar eingeschränkt an die frische Luft, nur fehlen ihnen dabei die Kontakte zu Gleichaltrigen. Gerade diese sozialen Kontakte sind aber für ihre gesunde psychische Entwicklung ausschlaggebend. Besonders Spiel und Spaß mit anderen Kindern sind in einer Zeit, in denen die Erwachsenen weniger ausgeglichen sind, von Bedeutung.

Die andauernde Schließung der Spielplätze und Schwimmbäder stößt jedoch noch mehr auf Unverständnis, da seit letzten Montag, dem 11. Mai, Jugendmannschaften wieder mit bis zu 20 Personen trainieren dürfen. Natürlich begrüßen viele Eltern diese Entwicklung, warum jedoch Spielplätze und Schwimmbäder weiter geschlossen bleiben, ist nicht nachvollziehbar.

Hierzu lauten meine Fragen an Sie:

- *Mit welcher Begründung hat der Nationale Sicherheitsrat (NSR) bisher von einer Öffnung der Spielplätze und Schwimmbäder abgesehen?*
- *Wie stehen Sie zu einer Öffnung der Kinderspielplätze und Schwimmbäder?*
- *Werden Sie sich für eine rasche Öffnung der Spielplätze und Schwimmbecken im Nationalen Sicherheitsrat (NSR) einsetzen?*

- **Frage Nr. 216 von Frau CREUTZ-VIVOYE (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zur Öffnung von Kinderspielplätzen im Rahmen der Corona-Krise**

Laut Aussagen der Bürgermeisterin der Stadt Eupen sollen die Kinderspielplätze in der Weserstadt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Daher stelle ich folgende Fragen:

*In wie fern werden dadurch aus Sicht der Regierung die Richtlinien des Nationalen Sicherheitsrates unterminiert?*

- **Frage Nr. 217 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH bezüglich der aktuellen Entwicklungen im Hinblick auf die angestrebte Öffnung der Grenzen**

Seit mehreren Wochen setzen Sie sich für die Wiedereröffnung der Grenzen ein, nachdem letztere im Zuge der Corona-Schutzmaßnahmen geschlossen wurden. Die SP-Fraktion unterstützt Ihre Bemühungen ausdrücklich, wie sie nicht zuletzt in einem Schreiben an Premierministerin Sophie Wilmès deutlich gemacht hat. In der Folge wurde den Pendlern erlaubt, im Ausland auf dem Weg zur Arbeit oder auf dem Heimweg einzukaufen. Dennoch war dies nur ein vergleichsweise kleiner Erfolg. Einen vermeintlich deutlich größeren Erfolg

stellte die Meldung von Anfang Mai dar, wonach der Nationale Sicherheitsrat einen Grundsatzbeschluss zur globalen Öffnung der Grenzen getroffen habe. Dies unter Einhaltung gewisser Vorbedingungen, die beiderseits der jeweiligen Grenzen erfüllt sein müssen. Besagter Beschluss wurde zwar formal in der Öffentlichkeit bestätigt, bisher jedoch nicht umgesetzt.

Die Grenzöffnung ist gerade für unsere Gemeinschaft wichtig, stellt der alltägliche Kontakt zwischen Familien und Einwohnern beiderseits der Grenzen doch für unsere Bevölkerung eine Selbstverständlichkeit und ein Kernstück des sozialen Lebens dar. Diesen Aspekt unterstreichen wir ausdrücklich, denn die vielfach angestrebte und herbeigesehnte Öffnung der Grenzen geht eindeutig weiter als der Kommerz.

Umso bedauerlicher, dass besagter Beschluss bisher nicht umgesetzt wurde; dem Vernehmen nach, weil der belgische Innenminister in diesem Zusammenhang die Auffassung des Nationalen Sicherheitsrates nicht teilt.

Beobachtet man indes die Situation in zahlreichen anderen Ländern, stellt man fest, dass diese vermehrt der Forderung der Europäischen Kommission nach einer Öffnung der Grenzen nachkommen.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Warum genau hat die Föderalregierung den Grundsatzbeschluss zur Umsetzung unserer Forderungen nach der globalen Öffnung der Grenzen noch nicht umgesetzt?*
- *Welche konkreten Schritte haben Sie bisher unternommen, um diese Grenzöffnung sehr wohl herbeizuführen?*
- *Bis wann können wir mit einer spürbaren Verbesserung der Situation rechnen?*

• **Frage Nr. 218 von Frau KEVER (SP) an Ministerpräsident PAASCH zum Dokument „Aufruf an die lokale Polizei“**

Am 18. Mai 2020 entdeckte ich in der Post an meine Privatadresse folgendes Dokument – siehe Anhang 1 – in dem die lokale Polizei dazu aufgerufen wird, strengere Kontrollen bezüglich des Besuchs und der Bewohnung von Zweitwohnungen in Belgien durch deutsche Staatsbürger in Corona-Zeiten durchzuführen. Auf diesem Dokument befindet sich oben rechts das Ostbelgien-Logo – was ein wenig irritiert, denn das Schreiben an sich strahlt keinen offiziellen Charakter aus – es ist auch weder ein Absender noch ein Unterzeichneter vermerkt. Eher scheinen besorgte Bürger Ihrem Unmut über diese Umstände mit diesem Schreiben Luft zu machen.

Meine Fragen dazu an Sie, werter Herr Ministerpräsident, sind folgende:

- *Haben Sie Informationen über besagtes Schreiben und seine Verfasser?*
- *Wer ist alles angeschrieben worden?*
- *Welche Folgen hat diese Initiative?*

• **Frage Nr. 219 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zum Finanzbedarf der Öffentlichen Sozialhilfzentren (ÖSHZ) in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Zuge der Corona-Krise**

Landesweit beklagen immer mehr ÖSHZ die steigenden Ausgaben, die sie im Zuge der Bekämpfung der Corona-Krise zu leisten haben.

Hierzu meine Fragen:

- *Wie sieht die Situation in den ostbelgischen ÖSHZ aus?*
- *In wie fern werden Mehrausgaben erwartet?*
- *Welche Kommunen sind besonders betroffen?*

- **Frage Nr. 220 von Herrn FRANSSSEN (CSP) an Minister ANTONIADIS zum Anstieg des Therapiebedarfs im Beratungs- und Therapiezentrum (BTZ) als Folge der Corona-Krise**

Die Corona-Krise hinterlässt Spuren – auch in psychologischer Hinsicht.

Daher verwundert es nicht, dass sich mehr Menschen als zuvor an das Beratungs- und Therapiezentrum (BTZ) wenden, um dort Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Einsamkeit, Ehekonflikte, häusliche Gewalt, Trauerbewältigung, Erziehungsprobleme oder berufliche Überlastung sind dabei nur einige der typischen Gründe.

Insbesondere ist die Zahl der Erstgespräche deutlich angestiegen, was darauf schließen lässt, dass in Zukunft mehr Therapiegespräche zu führen sind.

Außerdem musste die Art der Betreuung im Rahmen der Corona-Pandemie angepasst werden: Gab es vor der Krise Einzelgespräche, muss nun auf Telefon oder Videogespräch zurückgegriffen werden. Genau das ist aber nicht immer einfach zu handhaben.

Um diesen zusätzlichen Bedarf unter veränderten Bedingungen aufzufangen, wurde in der Wallonie die Einstellung von zusätzlich 141 Psychologen beschlossen und insgesamt ein zusätzlicher Betrag von 8,6 Millionen € vorgesehen.

Daher meine Fragen:

- *Wie hat sich seit März 2020 die Warteliste entwickelt?*
- *Plant auch die DG weitere Psychologen einzustellen?*
- *Wird hierzu eine Erhöhung der finanziellen Mittel vorgesehen?*

- **Frage Nr. 221 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Handlungsbedarf im Bereich der mentalen Gesundheit**

Im BRF-Interview vom 11. Mai 2020 haben Achim Nahl, therapeutischer Leiter des BTZ und Olivier Warland, Geschäftsführer der gleichen Einrichtung, die jetzige und die wahrscheinlich bevorstehende Situation beschrieben.

Die Corona-Krise hat auch im Bereich der mentalen Gesundheit einen erhöhten Bedarf verursacht. Die föderalen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus' und die damit verbundene drastische Einschränkung der sozialen Kontakte hat die Lage der Patienten verschlechtert. Dazu die Überbelastung des Pflegepersonals, trauernde Angehörige sowie die Schwierigkeiten, die diese Krise in manchen Familien verschlimmert hat,... alles Situationen, die die Anzahl Patienten des BTZ auch weiterhin steigen lassen werden.

Diese Aussagen zeigen einmal mehr, dass der Bedarf im Bereich der mentalen Gesundheit präsent ist und sogar größer wird. Auch vor der Krise war uns und Ihnen sehr bewusst, dass die Kapazitäten, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Verfügung stehen, nicht ausreichen. In Anbetracht dieser Realität, möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- *Was werden Sie, Herr Minister, vornehmen, damit dieser erhöhte Bedarf gedeckt werden kann?*
- *Wie viele zusätzliche Mittel werden im Bereich der mentalen Gesundheit infolge der Corona-Krise über die erste Haushaltsanpassung hinaus zur Verfügung gestellt?*

- **Frage Nr. 222 von Frau KEVER (SP) an Minister ANTONIADIS zum Angebot der telefonischen Unterstützung für Pflegekräfte, die durch das BTZ eingerichtet und organisiert wird**

Ende März hat das Begleit- und Therapiezentrum einen telefonischen Bereitschaftsdienst für das Personal unserer Pflegeeinrichtungen über eine kostenfreie Rufnummer eingerichtet und dessen konkrete Organisation übernommen.

Diese Initiative ist darauf ausgerichtet Pflegekräfte beim Umgang mit dem massiven Stress und der damit verbundenen arbeitsbedingten emotionalen Überbelastung durch die Corona-Situation zu unterstützen und zu stärken.

Der telefonische Bereitschaftsdienst steht täglich zwischen 8Uhr und 11Uhr, sowie zwischen 15Uhr und 18Uhr zur Verfügung, wobei in einer ersten Phase 2 Therapeuten pro Zeitfenster eingesetzt waren.

Meine Fragen dazu an Sie, werter Herr Minister Antoniadis, sind folgende:

- *Wie rege wird das Angebot von Pflegekräften genutzt?*
- *Wie viele Therapeuten nehmen an dieser Initiative teil?*
- *Welche Entwicklung und zeitliche Perspektive nimmt dieses Angebot?*

- **Frage Nr. 223 von Herrn SERVATY (SP) an Minister ANTONIADIS bezüglich der Konzertierung mit den Akteuren des Gesundheits- und Pflegesektors in Ostbelgien während der Corona-Krise**

In der Ausgabe des „le Soir“ vom 6. Mai 2020 richteten sich mehr als einhundert Ärzte und Pflegekräfte in einem offenen Brief an die föderale Gesundheitsministerin Maggie De Block und die zuständigen Gesundheitsminister der Teilstaaten. Auch der Gesundheitsminister der Deutschsprachigen Gemeinschaft steht in der Liste der Adressaten.

In ihrem Brief kritisieren die Autoren eine angeblich unzureichende Konzertierung auf nationaler Ebene mit den Medizinischen Leitungen und Genraldirektionen, den verantwortlichen der Wohn- und Pflegezentren für Senioren (WPZS), den Wohnheimen für Menschen mit Beeinträchtigung und sämtlichen anderen Akteuren im Gesundheits- und Pflegesektor.

Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Dans le cadre de la gestion de cette crise, nous ne pouvons que constater l’absence totale de concertation avec les directions médicales et générales, les responsables de MRS, les centres d’accueil pour handicapés et les autres acteurs de terrain.“

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Wie bewerten Sie die Konzertierung auf föderaler Ebene in Bezug auf die angesprochenen Akteure, die in Ostbelgien aktiv sind?*
- *Ist die oben geäußerte Kritik auch für die Bereiche gerechtfertigt, in denen die Deutschsprachige Gemeinschaft selbst zuständig ist?*
- *Was unternimmt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, unabhängig ihrer direkten Zuständigkeiten, um den Gesundheits- und Pflegesektor in Ostbelgien bei der Bewältigung der Corona-Krise zu unterstützen?*

- **Frage Nr. 224 von Herrn FRECHES (PFF) an Minister ANTONIADIS zu der Vergabe von sozialen Wohneinheiten in Zeiten von Corona**

Dass die aktuelle sanitäre Krise direkte und verheerende Folgen auf die Entwicklung unserer Arbeitswelt haben wird, steht außer Zweifel. Wie erwartet und mit Blick auf die gesamtgesellschaftliche Lage ist die Arbeitslosenanzahl in der Corona-Krise gestiegen. Viele Menschen haben in den letzten Wochen die wirtschaftlichen Konsequenzen am eigenen Leibe erfahren. Sie wurden in Kurzarbeit geschickt, waren zeitweilig arbeitslos und einige mussten und müssen gar um ihre Existenz, bzw. ihren Arbeitsplatz bangen.

Wenn die betroffenen Personen gleichzeitig Mieter sind, können sie in Folge der Corona-Krise in Zahlungsschwierigkeiten geraten und möglicherweise der Zahlung ihrer Miete nicht mehr nachkommen. Dementsprechend stellen Sozialwohnungen eine Alternative dar, gerade dann, wenn der freie Wohnungsmarkt nicht mehr bezahlbar erscheint.

Wille der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist es, jedem Bürger das Recht auf eine angemessene Wohnung zu geben.

Meine Fragen nun an Sie, werter Herr Minister:

- *Ist die Anfrage für soziale Wohneinheiten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft seit Anbeginn der sanitären Krise gestiegen?*
- *Gibt es Pläne und Überlegungen, die Vergabe der sozialen Wohnungen und den damit verbundenen Verteilerschlüssel den aktuellen Gegebenheiten anzupassen?*

- **Frage Nr. 225 von Herrn MERTES (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zur medizinischen Versorgung in Senioren-Wohn- und Pflegeheimen**

Seit nun rund neun Wochen sind die Wohn- und Pflegezentren für Senioren in der DG für Besucher geschlossen. Erst seit einer Woche sind Besuche unter stark eingeschränkten Bedingungen wieder zugelassen.

Das Besuchsverbot ist, selbst unter den aktuellen Lockerungen, für Bewohner und ihre Angehörigen eine extreme Belastung. Wir alle wissen, dass viele alte Menschen unter der Einsamkeit leiden, was in Einzelfällen zum Tod führen kann. Das von den eigenen Kindern in den Arm genommen werden oder das Halten der Hand von einer guten Freundin, einem guten Freund, können die Pflegekräfte bei allen Bemühungen nicht ersetzen.

Doch nicht nur die Psyche der Bewohner leidet unter diesen Maßnahmen. Auch die medizinische Versorgung lässt zu wünschen übrig, wie uns Angehörige berichten.

Aus Angst, den Virus in ein Heim einzuschleppen, gehen Ärzte viel seltener in die Seniorenheime, um die Bewohner zu untersuchen. Die Pflegekräfte versuchen meist telefonisch mit den Ärzten Diagnosen und Behandlungen zu erarbeiten.

Wie wir alle wissen, ist eine Ferndiagnose aber nicht das Gleiche wie das Untersuchen des Patienten vor Ort. So ist es vermehrt dazu gekommen, dass Bewohner nur auf unnachgiebigem Drängen durch Angehörige von einem Arzt untersucht wurden, und dann erst die dringend notwendige Behandlung erhielten, bzw. zu medizinischen Versorgung in ein Krankenhaus eingewiesen wurden.

Des Weiteren wurde uns in diesem Zusammenhang mitgeteilt, dass die medizinische Versorgung in den Heimen teilweise mangelhaft ist, da von Ärzten verschriebene Behandlungen mangelhaft umgesetzt werden. Dies ist insofern nicht verwunderlich, da es große organisatorische Mängel schon vor der Krise gab, wie ich Ihnen ja bereits mehrfach hier geschildert habe.

Wir können also nicht ausschließen, dass inzwischen einige Bewohner aus den Wohn- und Pflegezentren nicht an der COVID-19-Erkrankung und ihren Folgen, sondern an den Auswirkungen der Maßnahmen gegen die Verbreitung dieser Krankheit gestorben sind. Mit Sicherheit kann ich Ihnen sagen, dass einige unnötigem Leid und Schmerzen ausgesetzt sind.

Es entsteht so der Eindruck, dass die Bewohner in den Altenheimen an Allem sterben dürfen, jedoch nur nicht an COVID-19.

Hierzu lauten meine Fragen an Sie:

- *Was werden Sie unternehmen, um eine qualitativ hochwertige Versorgung der Bewohner in den Alten- und Pflegeheimen der DG wieder herzustellen?*
- *Wann gedenken Sie, endlich grundlegend und tiefgreifend die organisatorischen und strukturellen Probleme in den WPZS der DG, welche Ihnen bereits vor der Krise bestens bekannt waren, in Angriff zu nehmen?*

- **Frage Nr. 226 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Corona-Kontakt-Tracing**

Der belgische Föderalstaat, die Regionen und die DG setzen unter anderem auf das sogenannte "Kontakt-Tracing" als Maßnahme zur Eindämmung des Coronavirus.

In der Pressekonferenz am 08.05.2020 erklärten Sie, dass das "Kontakt-Tracing" eines der Bausteine sei, um die Kurve der Neuinfektionen flach zu halten und um somit eine Rückkehr zu einer Ausgangssperre zu verhindern.

So sollen Personen, die mit einem nachgewiesenen Coronavirus-Träger in Kontakt waren, telefonisch über die zu treffenden Präventiv- oder Früherkennungsmaßnahmen informiert werden. Die neugeschaffene Telefonzentrale des Ministeriums übernimmt diese Aufgabe.

Laut Norbert Heukemes, Generalsekretär des Ministeriums der DG, wird die betreffende Person über die einzuhaltenden Quarantäne Maßnahmen aufgeklärt. Gemeinsam mit dem Ansprechpartner der "Kontakt-Tracing" Zentrale werde die Liste der Kontaktpersonen durchgegangen. Dabei geschehe das Mitteilen von Daten dritter Personen auf freiwilliger Basis.

Laut Ihren Aussagen wurde die Methode des "Tracings", das Ermitteln von Kontaktpersonen mit einer ansteckenden Krankheit, schon in der Vergangenheit weltweit erfolgreich angewendet, um Krankheiten wie Masern und Meningitis einzudämmen.

Nach Ansicht der Liga für Menschenrechte ist der königliche Erlass, welcher die Etablierung einer Kontakt-Tracing Datenbank festlegt, illegal. Die Liga betont, dass nur streng notwendige Daten erhoben werden dürfen, die erforderlich sind, um betreffende Personen zu informieren.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Was versteht man genau unter Präventiv- oder Früherkennungsmaßnahmen für Personen, die mit einem Coronavirus-Träger Kontakt hatten?*
- *Wie geht man auf föderaler und auf DG-Ebene mit der Auffassung der Liga für Menschenrechte um, dass diese Methoden illegal seien?*

- **Frage Nr. 227 von Herrn SPIES (SP) an Minister ANTONIADIS zu den gemachten Erfahrungen mit dem Kontakt-Tracing**

Seit dem 8. Mai wird ebenfalls in Ostbelgien das sogenannte Tracing praktiziert. Dies mit Ziel, bei der Nachverfolgung und Durchbrechung von Infektionsketten zu helfen, indem man potenziell infizierte Personen aufspürt.

Wie das Tracing in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ganz konkret abläuft bzw. ablaufen soll, konnten wir zuletzt der Presse entnehmen- in der Theorie klingt es zumindest ganz plausibel und einfach. Mich würde nun jedoch interessieren wie sich das Tracing in der Praxis bewährt.

Daher lautet meine Frage an Sie werter Minister:

*Welche Erfahrungen wurden bislang mit dem Kontakt-Tracing gemacht?*

- **Frage Nr. 228 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS betreffend das Gerät zur Ausführung von serologischen Analysen**

Laut Ihren Aussagen bedarf es einer Teststrategie innerhalb der Wohn- und Pflegezentren, um das Coronavirus zu identifizieren. Da PCR-Tests nur im Falle von positiven Ergebnissen aussagekräftig seien, müsse regelmäßig getestet werden.

Das Sankt-Nikolaus Hospital hat ein Gerät zur Ausführung von serologischen Analysen angeschafft, um den Nachweis verschiedener Antikörper zu erbringen.

In Deutschland wird derzeit genauer untersucht, wie zuverlässig Antikörpertests sind. Denn diese Tests sollten ausschließlich beim Sars-CoV-2-Virus anschlagen, nicht aber bei anderen Coronaviren im Blut, die schon seit langem existieren und in der Regel harmlose Erkältungskrankheiten hervorrufen.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Weshalb haben Sie sich auf föderaler Ebene für die Anerkennung des Gerätes eingesetzt, obwohl bisher keine Studie die Zuverlässigkeit der Tests untermauert?*
- *Wie viele Tests wurden mit dem Gerät schon durchgeführt und welche Resultate kamen dabei heraus?*

- **Frage Nr. 229 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu angeblichen Missständen in den Alten- und Pflegeheimen**

In seinem Kommentar im Grenz-Echo vom 4. Mai prangert Oswald Schröder besorgniserregende und schwerwiegende Zustände im Seniorenpflegesektor an.

Das Grenz-Echo habe nach „wiederholten Hinweisen von Betroffenen, aber auch von Parlamentariern, die von Personalmitgliedern kontaktiert wurden, kurz vor Ausbruch der Pandemie ausführliche Recherchen betrieben, die beinahe abgeschlossen waren und eine ganze Reihe von Missständen, vor allem bei Vivias, an den Tag gefördert haben.“ Weiter heißt es, dass Aussagen und Dokumente vorliegen, die von „einer fragwürdigen Personalpolitik, von Schikanen und Mobbing, von ungleicher Behandlung, von Entschädigungen in fünfstelliger Höhe an zu Unrecht entlassene Personen, von Schludern beim Medikamentenmanagement, von fehlendem Material und von Hygienemängeln“ zeugen. Von Verstößen gegen das Besuchsverbot ist ebenfalls die Rede. Auch von Lohnnachzahlungen in Höhe von 130.000€ im Jahr 2013 wird berichtet. Damals war Harald Mollers noch zuständiger Minister.

Daher meine Fragen:

- *Sind Ihnen Fälle von den oben zitierten Missständen bekannt?*
- *Wie hat die Regierung darauf reagiert?*

- **Frage Nr. 230 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur Chancengleichheit**

Die Corona-Krise ist in vielerlei Hinsicht eine Bewährungsprobe für unsere Gesellschaft. Besonders betroffen wird sie und betrifft sie schon heute die vermeintlich „Schwächsten“, das heißt Familien mit finanziellen Sorgen, Geflüchtete, Kinder mit schulischen Schwierigkeiten, Opfer von häuslicher Gewalt.

Zahlreiche Dienste und Einrichtungen, die gewöhnlich viel Energie und Herzblut investieren, um diesen Familien und ihren Kindern unter die Arme zu greifen, mussten im Rahmen der Schutzmaßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus' ihre üblichen Tätigkeiten vorübergehend einstellen. Dennoch vereinte viele von ihnen der Wunsch, den

betroffenen Kindern und Familien beizustehen. Diesen Eigenantrieb kann man nicht hoch genug schätzen.

In unseren Augen ist es Aufgabe der Regierung, diese Bemühungen zu begleiten, zu unterstützen und zu fördern. In unserer Sitzung Anfang April hat die Regierung mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass in der aktuellen Phase die Chancengerechtigkeit besonders beachtet werden muss. Ich persönlich denke, dass wir vor allem einen „Notfallplan“ in der Tasche haben sollten, falls der Unterstützungsbedarf und die Anfragen in den kommenden Monaten in die Höhe schnellen. Experten sind sich sicher, dass diese Steigerung kommen wird. Was niemand voraussehen kann, ist lediglich das genaue Ausmaß.

Zu diesem Hintergrund möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- *Was hat die Regierung und was haben Sie, Herr Minister, unternommen, um die Chancengerechtigkeit trotz und gerade wegen der Corona-Krise zu gewährleisten?*
- *Sieht die Regierung Maßnahmen vor, um die zu unterstützen, die den Mehrbedarf der kommenden Monate abfangen werden?*

• **Frage Nr. 231 von Herrn SPIES (SP) an Minister ANTONIADIS zu der derzeitigen Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen**

Seit nun mehr als zwei Monaten wird unser Alltag durch das Corona-Virus und die damit einhergehenden Maßnahmen geprägt.

Davon ist neben dem Gesundheitssektor ebenfalls der soziale Sektor stark betroffen. Hier sind es nicht zuletzt die Menschen mit einer Beeinträchtigung und deren Umfeld, die während der vergangenen Wochen vor enorme Herausforderungen gestellt wurden- wobei ein Ende wohl noch nicht in Sicht scheint.

Aufgrund der Tatsache, dass die Tagesstätten derzeit geschlossen sind, verbringen die Personen mit Beeinträchtigung gezwungenermaßen 24h während 7 Tagen in der Woche bei ihren Familien zuhause, in den Wohnheimen oder aber in privaten Wohnressourcen.

Dies stellt das Pflege- und Erziehungspersonal aber auch die Angehörigen sowie die Betreiber der Wohnressourcen, welche mit der Betreuung und der Aufsicht der Beeinträchtigten betraut sind, vor eine gewaltige Mammutaufgabe, welche im Handumdrehen zu einer psychischen aber auch physischen Belastung werden kann.

Laut meinem Kenntnisstand wurde das Personal aus den Tagesstätten gefragt beziehungsweise darum gebeten, bei der Betreuung in den Wohnheimen einzuspringen und den Erziehern dort unter die Arme zu greifen. Zunächst also Hut ab für all jene die dieser Bitte gefolgt sind und voller Solidarität dort mit anpacken wo Not am Mann ist.

In den Familien sowie den privaten Wohnressourcen hingegen gibt es nicht die Möglichkeit sich schichtenweise abzuwechseln. Hier sind die Betroffenen nicht selten alleine gefordert.

Vor diesem Hintergrund, möchte ich Ihnen werter Minister Antoniadis daher folgende Fragen stellen:

- *Inwiefern erhalten die privaten Wohnressourcen angesichts der derzeitigen Umstände eine zusätzliche Unterstützung?*
- *Wann ist absehbar, dass die Tagesstätte wieder in einem gewissen Rahmen ihre Arbeit aufnehmen?*
- *Wie viele der Mitarbeiter aus den Tagesstätten kamen der Bitte nach, in einem Wohnheim einzuspringen?*

- **Dringende Frage Nr. 252 von Herrn CREMER (ProDG) an Minister MOLLERS zur Initiative der Flämischen Gemeinschaft zur vorgezogenen Wiederaufnahme des Unterrichts in den Schulen**

Am Samstag berichtete die Tageszeitung Le Soir, dass sich die Akteure des flämischen Unterrichtswesens mit dem zuständigen Unterrichtsministers Ben Weyts darauf verständigt haben, den Unterricht in der Flämischen Gemeinschaft in allen Primarschuljahrgängen und in allen Kindergartenklassen ab dem 2. Juni wieder aufzunehmen. Kritiker dieser Entscheidung monieren, dass diese Vorgehensweise im Widerspruch zu dem im Nationalen Sicherheitsrat beschlossenen "Fahrplan" zur progressiven Wiederaufnahme des Unterrichts stehe.

Diesbezüglich möchte ich Ihnen, Herr Minister Mollers, folgende Frage stellen:

*Hat der geplante Alleingang der Flämischen Gemeinschaft hinsichtlich der Wiederaufnahme des Unterrichts einen Einfluss auf die stufenweise Wiederaufnahme des Unterrichts in den Primarschulen und in den Kindergartenklassen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft?*

- **Dringende Frage Nr. 253 von Herrn CREMER (ProDG) an Minister MOLLERS zur Evaluation der Wiederaufnahme des Unterrichts in den Schulen**

Am 18. Mai wurde der Unterricht in den Schulen für die Schüler der Abschlussjahrgänge in den Primar- und Sekundarschulen wieder aufgenommen. Herr Minister, Sie hatten angekündigt, dass es am Freitag, dem 22. Mai, bezüglich dieser Wiederaufnahme des Unterrichts mit den Leitern der Primarschulen und der Sekundarschulen eine erste Evaluation geben würde.

Diesbezüglich habe ich folgende Frage an Sie, Herr Minister Mollers.

*Welche Perspektiven ergeben sich aus dieser Evaluierung bezüglich der weiteren gestaffelten Wiederaufnahme des Schulunterrichts in der Deutschsprachigen Gemeinschaft?*

- **Dringende Frage Nr. 254 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister MOLLERS zum Thema: Eltern fordern uneingeschränkte Öffnung der Kindergärten**

51 Eltern aus dem Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben einen Brief an Sie gerichtet (siehe Anhang 2), in dem sie die uneingeschränkte Öffnung der Kindergärten vom 2. Juni bis zum Beginn der Sommerferien fordern. Außerdem weisen sie darauf hin, ihre Kinder ab dem 2. Juni zur Notbetreuung in den Schulen zu schicken, sollte diese Öffnung nicht erfolgen.

*Ich möchte Sie bitten, zu den Forderungen dieses Schreibens Stellung zu beziehen.*

- **Frage Nr. 235 von Herrn KRAFT (CSP) an Minister MOLLERS zu Kindergärten im Rahmen der Corona-Krise**

Laut der Entscheidung des Nationalen Sicherheitsrates bleiben die Kindergärten geschlossen. Während die Schulen schrittweise wieder öffnen, müssen kleine Kinder weiterhin zu Hause bleiben. Es gibt zahlreiche Studien, die belegen, dass gerade die frühkindliche Förderung bzw. frühkindliche Bildung elementar für die spätere Entwicklung der Kinder ist. Der Kindergarten wird als Bildungsort dringend benötigt, vor allem wenn die Kinder aus bildungsbenachteiligten Haushalten stammen.

Sowohl die Förderung der Kinder durch die ausgebildeten Kindergärtnerinnen und Kindergärtner als auch der Kontakt zu Gleichaltrigen gehören zu den unersetzlichen Förderbausteinen im jungen Leben eines Kindes. Hinzu kommt auch, dass das Ende des

dritten Kindergartenjahres und der damit verbundene Übergang in die Schule, ein wichtiger emotionaler Abschluss eines Kindes darstellt.

Falls die Kindergärten bis zum 30. Juni nicht wieder öffnen, waren die betroffenen Kinder zu Beginn des neuen Schuljahres im September beinahe ein halbes Jahr ohne professionelle Regelförderung.

Hierzu meine Fragen:

- *Ist es absehbar, dass die Kindergärten vor dem 30. Juni wieder öffnen?*
- *Was hat die Regierung der DG bisher getan, um im Nationalen Sicherheitsrat für die Öffnung der Kindergärten zu werben?*
- *Welche Modelle kann sich die Regierung für eine eventuelle Öffnung vorstellen?*

• **Frage Nr. 236 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister MOLLERS zur Perspektive zur Wiederaufnahme des Unterrichts in den Kindergärten**

Im FAQ zum Unterrichtswesen heißt es in Bezug auf den Unterricht in den Kindergärten der DG: „Da die Wiederaufnahme aufgrund der Kontaktbeschränkungen in den Grundschulen auf 3 Jahrgänge begrenzt wurde, die Kindergartenkinder die Hygieneregeln nicht gut genug einhalten können und zudem nicht der Schulpflicht unterliegen, wurde auf Empfehlung der Gesundheitsexperten davon abgesehen, die schrittweise Wiederaufnahme des Unterrichts im Kindergarten zu beginnen.“

Diese Aussage lässt wenig Hoffnung für eine Wiederaufnahme des Unterrichts in diesem Schuljahr.

Die Forschung verfügt mittlerweile aber über mehr und mehr Erkenntnisse dazu, dass das Kind dem Covid-19-Erreger gut gewappnet sind. Die absolute Vielzahl der erkrankten Kinder weist keine oder nur ganz schwache Symptome auf. Ernste Krankheitsverläufe sind die Ausnahme und zum Beispiel seltener als bei der Grippe oder einer Bronchiolitis. Noch viel seltener sind Todesfälle zu beklagen, was sie aber natürlich nicht weniger bedauerlich macht.

Natürlich - und das möchte ich ausdrücklich hervorheben - fordern wir nicht eine uneingeschränkte Öffnung aller Schulen und Kindergärten. Dennoch sollte auch über die Wiedereröffnung unsere Kindergärten eine Debatte geführt werden. Denn - und das darf nicht in Vergessenheit geraten - das Ziel der Maßnahmen zur Eingrenzung der Corona-Pandemie war es stets und von Beginn an, einen Zusammenbruch des Gesundheitssystems zu vermeiden - nicht aber, dass niemand mehr an diesem Virus erkranken darf.

Kinderärzte aus ganz Europa<sup>2 3</sup> fordern deshalb immer lauter, dass Kinder in einen möglichst normalen Schulalltag zurückkehren sollen. Die Auswirkungen auf Kinder dieser aktuellen Beschränken in sozialer, emotionaler und sogar gesundheitlicher Hinsicht sind enorm. Daher ist eine Wiederaufnahme möglichst vieler Unterrichte in reduzierter Gruppenstärke in den Augen vieler Experten ein wichtiger und richtiger Schritt. Dabei sollte vor allem Wert auf die Handhygiene gelegt werden.

Daher meine Frage an Sie Herr Mollers, aber auch meine Frage an die Regierung insgesamt:

- *Wie stehen Sie zu einer schrittweisen Wiederaufnahme des Unterrichts in den Kindergärten der Deutschsprachigen Gemeinschaft?*
- *Welchen Standpunkt vertritt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf eine solche Wiederaufnahme in den Gesprächen im Nationalen Sicherheitsrat?*

---

<sup>2</sup> <https://www.sfpediatricie.com/actualites/retour-lecole-covid-19-il-est-urgent-maitriser-nos-peurs-tout-lavant-bien-enfants>

<sup>3</sup> <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/kinderaerzte-und-experten-schulen-und-kitas-schneller-oeffnen,RyBK5U>

- **Frage Nr. 232 von Herrn FRECHES (PFF) an Minister MOLLERS zur Wiedereröffnung der Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des aktuellen Standes der sanitären Anlagen**

In der aktuellen Pandemie-Situation überragt das Thema Hygiene alle Diskussionen. Auch und vor allen Dingen was den Neustart des Unterrichts in Ostbelgien betrifft.

Am vergangenen 18. Mai wurden die Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft schrittweise wieder geöffnet. Nicht nur die praktische Umsetzung des Unterrichts ist für die Schulen mit einem erheblichen Aufwand verbunden, sondern auch die Einhaltung der Hygiene- und Sauberkeitsstandards, die eine übergeordnete Rolle in der aktuellen sanitären Krise spielen.

Die Überprüfung der Lüftungen, das häufige und gründliche Lüften der Klassenzimmer, die Nachrüstung von Toiletten- und Waschanlagen sowie das regelmäßige Reinigen und Desinfizieren der Toiletten, Türklinken und Treppengeländer, ... sind nur einige Punkte, die zu einem hygienischen Schulumfeld beitragen können.

Aus einer Meldung des Belgischen Rundfunks vom 28. April ging hervor, dass sich alle Kinder an die geltenden Regeln halten müssen und das Händewaschen Pflicht sei. „Die Klassen sind dafür ausgestattet“, so der BRF

Meine Fragen nun an Sie, werter Herr Bildungsminister:

- *Gab es eine Evaluierung, bzw eine Instandsetzung der sanitären Einrichtungen vor der teilweisen Wiedereröffnung der Schulen?*
- *Wie wird die Einhaltung der Hygienestandards in den Schulen gewährleistet und überprüft?*

- **Frage Nr. 233 von Herrn FRECHES (PFF) an Minister MOLLERS zur „Entlastung“ des Unterrichtspersonals, welches der Corona-Risikogruppe angehört**

Zur sogenannten Risikogruppe COVID 19 gehören u.a. ältere Menschen, Personen mit einem geschwächtem Immunsystem, Menschen mit Vorerkrankungen wie Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Menschen mit Lungenerkrankungen, gegebenenfalls Raucher.

Auch Teile des Unterrichtspersonals fallen leider unter diese Risikogruppe, sodass die Teilnahme bzw Wiederaufnahme der Aktivitäten nur auf freiwilliger Basis geschehen darf, bzw. kann.

Mehrere Lehrer kontaktierten mich und teilten mir mit, dass sie ihre Lehrtätigkeit gerne auf freiwilliger Basis wieder aufnehmen möchten, dafür aber eine „Entlastung“ (Décharge) unterschreiben müssten.

In diesem Zusammenhang lauten meine Fragen nun an Sie, werter Herr Bildungsminister:

- *Können Sie uns genauere Auskünfte über diese sogenannte " Entlastung" liefern?*
- *Ist diese Maßnahme der „Décharge“ im Vorfeld mit den Sozialpartnern besprochen worden?*
- *Was passiert nun im konkreten Fall, wenn ein Personalmitglied sich in der Schule infiziert und an den Folgen dieser Infektion verstirbt, im Rahmen des Versicherungsschutzes wie z.B. Lebensversicherungen oder Restschuldversicherungen?*

- **Frage Nr. 234 von Herrn KRAFT (CSP) an Minister MOLLERS zur Corona-Krise – Schulstart September 2020**

Das Treffen angemessener Entscheidungen zur Beherrschung der Corona-Pandemie ist momentan nicht immer leicht. Denn quasi alle befinden sich – mal mehr, mal weniger - auf unbekanntem Terrain: Krankenhäuser, politische Entscheidungsträger, Beschäftigte, Arbeitgeber und Unternehmer, Senioren, Eltern, Kinder oder Lehrer, um nur einige zu nennen.

Dennoch erwartet die Gesellschaft von den Verantwortungsträgern zurecht zuverlässige und nachvollziehbare Maßnahmen – auch was künftige Abläufe angeht.

In diesem Zusammenhang darf insbesondere der Schulstart im September 2020 nicht Gegenstand einer Improvisation sein.

Daher meine Frage:

- *Liegt ein schlüssiges organisatorisches, finanziell berechnetes und an die Räumlichkeiten angepasstes Konzept vor, das den Schulstart 2020 in allen Unterrichtsbereichen reibungslos absichert?*
- *Falls nicht, wann wird die Regierung einen von den Entscheidungen des NSR und der virologischen Entwicklungen unabhängigen Plan für das kommende Schuljahr vorlegen können?*

- **Frage Nr. 237 von Frau Houben-Meesen (CSP) an Minister Mollers zu Einsatz, Bedarf und praktischem Umgang mit Schullaptops im Rahmen der Corona-Krise**

Seit dem 13. März und bis auf weiteres findet für einen Großteil der ostbelgischen Schülerinnen und Schüler kein Unterricht mehr in der Schule statt.

Dennoch sollen unsere ausgebildeten Pädagogen ihrem Bildungsauftrag gerecht werden, in dem sie u.a. ihre Lehrmethoden den aktuellen Gegebenheiten anpassen mussten resp. sollten, um den Schülern auch zu Hause Bildung und Vermittlung von Lerninhalten zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund hat die Regierung Laptops angeschafft, die den Schulen zur Verfügung gestellt werden, um Bildungsgerechtigkeit nicht an fehlender Hardware zuhause scheitern zu lassen.

Die Wirklichkeit vieler (Sekundar-)Schüler sieht allerdings so aus, dass über diverse Kanäle und Tools Aufgaben ins Haus schneien. Hier und da wird auch eine Sprechstunde oder sogar mal ein Unterricht per Videochat angeboten. Ein einheitliches Vorgehen und abgestimmtes Tagesprogramm liegen hier nach meinem Empfinden leider nicht vor.

Daher stelle ich folgende Fragen:

- *Um den Bedarf zu ermitteln, muss vorher klar sein, welcher Art des Unterrichts die Schüler zuhause folgen sollen und nach welcher Lernmethode das geschehen soll. Ferner muss klar sein, ob die Schüler dazu alle Voraussetzungen zuhause vorfinden. Wie wurde der Bedarf an den Schulen ermittelt?*
- *Haben Schulen Zielvorgaben bzgl. der Nutzung erhalten bzw. diese selbst definiert, bevor der dazu passende Bedarf ermittelt und die entsprechenden Vergabe-Kriterien definiert wurden?*
- *Wurde gleichzeitig überprüft, ob die Schulen über die notwendige Software, das Know-How und sonstige notwendige Mittel verfügen, um den Schülerinnen und Schülern, die ja nun alle zuhause über das nötige Endgerät verfügen zu unterrichten, mit Präsenzzeiten, die dem Alltag der Schüler Struktur geben, die beispielsweise über parallele Chatfunktionen Austausch auch im virtuellen Klassenzimmer ermöglichen etc.?*

- **Frage Nr. 238 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister MOLLERS zur Situation in der Kleinkindbetreuung**

Auch die Kleinkindbetreuung spielt eine wichtige Rolle in Zeiten von Corona. Hier werden in kleinen Gruppen immer die gleichen Kinder betreut, was eine mögliche Ausbreitung des Covid-19-Virus etwas minimiert. Wir haben viele Rückmeldungen bekommen, dass das RZKB zurzeit nach vielen kreativen Lösungen sucht, um möglichst vielen Kindern, deren Eltern auf Betreuung angewiesen sind, einen Platz zu gewähren. Die Notfallbetreuung wurde eingeführt und Tagesmütter dürfen übergangsweise mehr Kinder betreuen, um so eventuell auch Geschwisterkinder unterzubringen. Auch Kinder, die nun hätten den Kindergarten besuchen können, dürfen länger bei der Tagesmutter bleiben. Dennoch sollte man die Zahlen der nicht betreuten Kinder im Auge behalten und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Daher meine Fragen an Sie, Herr Minister:

- *Können aktuell auch Kleinkinder, die neu in die Kleinkindbetreuung einsteigen sollten, einen Platz bei einer Tagesmutter erhalten?*
- *Wie viele Tagesmütter arbeiten aktuell nicht, da sie oder ein Familienmitglied zur Risikogruppe gehören?*
- *Welche Auswirkungen auf die Kleinkindbetreuung erwarten Sie, wenn die Kindergärten im September durch die Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 nicht wie gewöhnlich öffnen können?*

- **Frage Nr. 239 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister MOLLERS zum Betreuungsangebot während der Sommermonate**

Die Betreuung der Kinder während der Sommermonate ist immer eine große Herausforderung für Eltern. Viele nehmen im Wechsel ihren Urlaub, um die Betreuung in der Zeit zwischen den Ferienangeboten gewährleisten zu können.

Für die Betreuung der Kinder zwischen 3 und 12 Jahren spielt das RZKB eine entscheidende Rolle. Während der Sommermonate wird das Angebot des RZKB üblicherweise stark heruntergefahren. Bis auf Eupen bietet jeder Standort zwischen einer und zweieinhalb Betreuungswochen an. In diesem Sommer treffen Eltern jedoch auf neue Herausforderungen: Zum einen mussten in den vergangenen Wochen bereits viele Urlaubstage zur Kinderbetreuung in Anspruch genommen werden. Zum anderen sollen Großeltern aus der Betreuung während der Sommerferien herausgehalten werden.

Es ist deshalb zu befürchten, dass die Betreuung der Kinder für manche Familien zum Drahtseilakt werden könnte.

Daher habe ich folgende Fragen an Sie, Herr Minister:

- *Auf welche Betreuungsangebote können Eltern in den kommenden Sommermonaten zurückgreifen?*
- *Werden alle vorab angekündigten Ferienangebote der außerschulischen Betreuung des RZKB gewährleistet sein?*
- *Gibt es Bemühungen das Betreuungsangebot im Vergleich zu den Vorjahren sogar auszubauen, um dem zu erwartenden erhöhten Bedarf gerecht werden zu können?*

- **Frage Nr. 240 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister MOLLERS zur Chancengerechtigkeit im Unterrichtswesen**

Die Corona-Krise ist in vielerlei Hinsicht eine Bewährungsprobe für unsere Gesellschaft. Besonders betroffen wird sie und betrifft sie schon heute die vermeintlich „Schwächsten“, das heißt Familien mit finanziellen Sorgen, Geflüchtete, Kinder mit schulischen Schwierigkeiten, Opfer von häuslicher Gewalt. Zahlreiche Dienste und Einrichtungen, die

gewöhnlich viel Energie und Herzblut investieren, um diesen Familien und ihren Kindern unter die Arme zu greifen, mussten im Rahmen der Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise ihre üblichen Tätigkeiten vorübergehend einstellen. Dennoch vereinte viele von ihnen der Drang, den betroffenen Kindern und Familien beizustehen. Diesen Eigenantrieb kann man nicht hoch genug schätzen. Auch die Schulen haben mit hohem Einsatz daran gearbeitet, dass möglichst niemand abgehängt wird.

In unseren Augen ist es Aufgabe der Regierung diese Bemühungen zu begleiten, zu unterstützen und zu fördern. In unserer Sitzung Anfang April haben Sie mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass in der aktuellen Phase die Chancengerechtigkeit besonders beachtet werden muss.

Es wurden dafür einige Maßnahmen ergriffen:

Die Notbetreuung wurde für Kinder aus prekären familiären Situationen geöffnet, was wir natürlich begrüßen, da dies unserer Forderung entsprach.

Es wurden Laptops angeschafft, um vor allem Schülerinnen und Schülern aus den Sekundarschulen die Arbeit zu Hause zu erleichtern.

Die Hausaufgabenschulen durften ab dem 10. Mai ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Diese Maßnahmen allein sind aber in unseren Augen noch nicht ausreichend, wenn das Ziel ist, wahre Chancengleichheit zu gewährleisten. Akteure wie die ÖSHZ, der Kinderhilfssdienst, die Viertelhäuser und sogar das soziale Umfeld sind auf diesem Weg in unseren Augen wichtige Partner.

Daher meine Fragen an Sie, Herr Minister:

- *Wie haben sich die Zulaufzahlen der Notbetreuung seit dem 27. April entwickelt, seitdem also auch Kinder aus „prekären Situationen“ zugelassen werden?*
- *Sollte es keinen nennenswerten Anstieg gegeben haben, heißt das natürlich nicht, dass es keinen Bedarf gibt. Was wurde unternommen, um die Kinder aus prekären Situationen zu „identifizieren“?*
- *Wie viele Beschwerden sind eingegangen, weil die Anforderungen an die Arbeitspakete für die Heimarbeit nicht den gestellten Anforderungen entsprachen, weil sie zum Beispiel zu umfangreich waren, zu viel elterliche Lernbegleitung voraussetzten oder Kinder den gestellten Anforderungen nicht gerecht werden konnten?*

• **Frage Nr. 241 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister MOLLERS zu Evaluation und Maßnahmen nach der ersten Schulwoche**

Seit einer Woche haben die Schüler und Schülerinnen des sechsten Primarschuljahres sowie des sechsten und siebten Sekundarschuljahres den Unterricht wieder aufgenommen.

Nach dieser ersten „Schulwoche“, die erstmals an zwei ganzen Tagen für die verschiedenen Jahrgänge stattfand, wollte man die Situation evaluieren und so einem weiteren Jahrgang (1. Schuljahr und 2. Sekundarschuljahr) Zugang zum Unterricht ermöglichen.

Auch ging man davon aus, dass mehr Eltern das Angebot der Kinderbetreuung in den Schulen in Anspruch nehmen würden und eventuell kurzfristig kreative Lösungen zum Einhalten der Sicherheitsmaßnahmen gefunden werden müssten.

Daher meine Fragen an Sie, Herr Minister:

- *Wie sahen die Schülerzahlen der vergangenen Schulwoche aus?*
- *Wie haben sich die Zahlen beim Betreuungsangebot in den Schulen entwickelt?*
- *Welche Maßnahmen wurden nach der Evaluierung der ersten Wochen an den einzelnen Schulen getroffen?*

- **Frage Nr. 242 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister MOLLERS zum Angebot für Mobbingopfer in der Coronakrise**

Es kann nicht abgestritten werden, dass das Mobbing unter Schülern auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein großes Problem darstellt. Manche betroffenen Schüler fühlen sich so schlecht in der Schule, dass sie bei dem Gedanken zur Schule gehen zu müssen psychosomatische Beschwerden entwickeln. In normalen Zeiten existieren diverse Hilfsangebote für die betroffenen Schüler. Die Coronakrise bedeutet aber, dass wir uns nicht in normalen Zeiten befinden. So gab es in Belgien Berichte, dass manche Schüler auf das heftigste gemobbt wurden, nur weil ein Familienmitglied am Coronavirus erkrankt ist.

Daher meine Fragen:

- *Auf welche Angebote können gemobbte Schüler während der Coronakrise und unter Berücksichtigung von social Distancing und allen weiteren Sicherheitsvorkehrungen zurückgreifen?*
- *Gibt es ein gesondertes Angebot für Schüler, in deren Familie ein Coronafall vorgekommen ist?*

- **Dringende Frage Nr. 255 von Frau KLINKENBERG (ProDG) an Ministerin WEYKMANS zu den Jugendlagern**

Am Freitagabend wurde vom Nationalen Sicherheitsrat entschieden, dass Sommeraktivitäten wie Jugendlager ab dem 1. Juli unter bestimmten Voraussetzungen wieder stattfinden können. Gleichzeitig wurde festgehalten, dass Spielplätze sowie Jugend- und Begegnungszentren und Jugendheime wieder geöffnet werden dürfen. Wir begrüßen diese Entscheidungen ausdrücklich! Denn gerade in der jetzigen Situation - rund um Corona - gilt es, das Wohl der Kinder und Jugendlichen in den Blick zu nehmen. Kinder sollen gemeinsam spielen, sich austauschen und entfalten können! Die Nachfrage nach solchen Aktivitäten ist entsprechend groß...

Daher meine Frage:

*Haben Sie bereits mit den hiesigen Jugendorganisationen darüber ausgetauscht, wie und inwiefern sie die Voraussetzungen für Jugendlager im Sommer erfüllen können?*

- **Dringende Frage Nr. 256 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerin WEYKMANS zu Corona-Maßnahmen auf Jugendlagern – Unterstützung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft**

Am Freitag beschloss der nationale Konzertierungsausschuss eine ganze Reihe von Maßnahmen und Bedingungen, unter denen Kinder- und Jugendlager stattfinden dürfen. Die ECOLO-Fraktion ist erleichtert, dass dies erreicht werden konnte.

Diese Maßnahmen und Bedingungen basieren nicht zuletzt auf den Vorschlägen der Jugendorganisationen selbst.

Die Jugendleiter haben viel Erfahrung in der Organisation ihrer Lager, dennoch kommt jetzt viel unbekannter Aufwand auf sie zu ... und noch mehr Verantwortung.

Man sollte ihnen möglichst Unterstützung zukommen lassen: man könnte die Mehrausgaben für die Hygienemassnahmen auffangen, oder unterstützend zur Seite stehen bei notwendigen „Corona-Weiterbildungen“, der Weitergabe und Verteilung von gut strukturierten Informationen usw ...

Daher meine Frage an Sie, Frau Ministerin:

*Inwieweit wird die Deutschsprachige Gemeinschaft die Umsetzung der Corona-Maßnahmen in den Ferienlagern unterstützen?*

- **Frage Nr. 245 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerin WEYKMANS zur Planungssicherheit für Jugendlager**

Auch in dieser angespannten Zeit planen und arbeiten viele unserer aktiven Jugendvereinigungen weiter. Das betrifft ganz besonders die jährlichen Jugendlager im Sommer. Unklar ist jedoch immer noch, wie und in welchem Rahmen diese stattfinden können.

Es ist wichtig, dass die verschiedenen Organisationen und Leiter jetzt endlich über die Planungssicherheit verfügen, die sie brauchen, da sonst Entscheidungen aus Zeitmangel getroffen werden müssen. Schließlich geht es hier letztlich auch um das Wohlbefinden aller Jugendlichen und Kinder, die nach Lockdown und Unterrichtsausfall umso sehnlicher auf ihr Sommerlager hoffen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen heute folgende Fragen stellen:

- *Welche Fakten stehen zum jetzigen Zeitpunkt zur Durchführung von Ferienlagern in diesem Sommer fest?*
- *Gibt es, ähnlich wie für den Sportbereich, einen Vorschlag der Jugendminister an den Nationalen Sicherheitsrat zur Durchführung von Jugendlagern?*
- *Welche Alternativen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen kann man in der DG ins Auge fassen, falls Ferienlager bis zum Sommerende nicht erlaubt sein sollten?*

- **Frage Nr. 246 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin WEYKMANS zum Abhalten von Sommer- und Ferienlagern im Zuge der Corona-Krise**

In den Sommerferien werden für gewöhnlich zahlreiche Zeltlager von verschiedenen Organisationen wie beispielsweise Pfadfinder oder Krankenkassen angeboten. Zudem gibt es zahlreiche lokale Tagesangebote wie Sportlager oder Kreativtage. Diese Ferienangebote sind für viele Kinder und Familien eine wichtige Säule der Freizeit und der Kinderbetreuung in den beiden Ferienmonaten.

Durch die aktuelle Situation stellt sich die Planung für die Vereine und Organisationen, für die Jugendlichen aber auch für die Familien als äußerst unsicher dar.

Hierzu meine Fragen:

- *Inwiefern ist es absehbar, dass Zeltlager und Ferienfreizeiten organisiert werden können?*
- *Gibt es dazu schon Modellplanungen im Nationalen Sicherheitsrat?*
- *Welchen Standpunkt nimmt die Regierung der DG zu diesem Thema ein?*

- **Frage Nr. 243 von Frau STIEL (VIVANT) an Ministerin WEYKMANS zum Gemeinschaftszentrum Worriken**

Wegen der Coronakrise wurden Schulaufenthalte und Trainingslager in Worriken bis Ende Juni storniert. Seit dem Ausbruch der Krise wurden im Bereich der Klassenfahrten und Trainingslager ein Rückgang von 13000 Übernachtungen verzeichnet.

Das Zentrum Worriken hat sich bei den Stornierungen bisher äußerst kulant gezeigt und den Aufenthalt entweder verschoben, oder das Geld wurde in Form eines Gutscheins oder einer Auszahlung zurückerstattet.

Außerdem erhält das Gemeinschaftszentrum wegen der anhaltenden Ungewissheit in Bezug auf internationale Urlaubsreisen ungewöhnlich viele Buchungsanfragen für die Ferienhäuser und Campingplätze in den Sommermonaten Juli und August.

Diese Sachlage muss genutzt werden, um das Zentrum Worriken und die Mitarbeiter vor weiterer Kurzarbeit zu schützen und die Wirtschaftlichkeit wieder hochzufahren. Nur wie,

ist ungewiss, da vieles mit den Entscheidungen des Nationalen Sicherheitsrats zusammenhängt.

Laut dem Geschäftsführer Björn Pfeiffer werden jetzt schon Regeln zur sozialen Distanzierung ausgearbeitet. Es wird ebenfalls an Maßnahmen im Hygienebereich gearbeitet, wie zum Beispiel die Möglichkeiten zur bargeldlosen Bezahlung. Darüber hinaus gehe man in einer ersten Phase davon aus, Gäste zu empfangen, die in Eigenverpflegung übernachten .

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Was tut die DG-Regierung um dem Zentrum Worriken zur Seite zu stehen?*
- *Was hat bargeldloses Bezahlen mit Maßnahmen in Bezug auf die Coronakrise zu tun, wissend, dass Bargeldzahlung erwiesenermaßen nicht mit der Übertragung von COVID-19 Viren in Verbindung steht?*
- *In den ausländischen Hotels werden verschiedene Verpflegungskonzepte ausgearbeitet. Wie könnte dieses in Worriken aussehen?*

• **Frage Nr. 244 von Herrn SPIES (SP) an Ministerin WEYKMANS bezüglich der kurzfristigen Ausrichtung des Tourismus in Ostbelgien nach der Corona-Krise**

Angesichts der aktuell geltenden Maßnahmen zur verminderten Verbreitung des Corona-Virus sind die Aktivitäten in der Tourismusbranche weitestgehend zum Erliegen gekommen.

Während Urlaubsreisen ins ferne Ausland vorerst nicht realistisch scheinen, kann man jedoch davon ausgehen, dass das Interesse an Tagesausflügen oder auch an mehrtägigen Ausflügen mit Übernachtung innerhalb Belgiens mit der Wiedereröffnung des Tourismussektors stark zunehmen wird.

So werden in diesem Jahr sicherlich viele Belgier in Belgien Urlaub machen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- *Wie bereitet sich die Tourismusbranche in Ostbelgien auf einen wahrscheinlich steigenden Besucherstrom nach Lockerung der Corona-Maßnahmen vor?*
- *Wie unterstützt die Regierung der DG die hiesige Tourismusbranche dahingehend, koordiniert im Inland für potenzielle Urlaubsgäste zu werben?*
- *Wie sehen die Pläne dahingehend aus, die Horeca- und Tourismusbetriebe auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu unterstützen?*

• **Frage Nr. 247 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin WEYKMANS zur finanziellen Hilfe der DG im Rahmen der Corona-Krise**

Durch das erste Krisendekret bewilligte das DG-Parlament Mittel in Höhe von 10 Millionen Euro, die zur Auszahlung von ggf. zinslosen Darlehen oder Vorschüssen an Einrichtungen, VoGs oder sonstigen Trägern genutzt werden, insofern diese Vereinigungen im Auftrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft Dienstleistungen erbringen.

Hierzu folgende Fragen:

- *Inwiefern haben die dazu berechtigten Vereinigungen, Institutionen und Organisationen bisher auf den geschaffenen Fonds zurückgreifen müssen?*
- *Ist bereits abzusehen, ob diese Summe ausreichen wird, um bei den genannten Akteuren die Überbrückung der Krise zu gewährleisten?*

- **Frage Nr. 248 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerin WEYKMANS zu den Ausgleichszahlungen für kleine Unternehmen und Freiberufler**

„Am 22. April beschloss die wallonische Regierung, eine neue Zulage von 2.500 EUR zu schaffen“. Auf diesen vielversprechenden Wortlaut im Internet-Portal der Wallonischen Region folgte leider seit mehreren Wochen der Eintrag: „Die Plattform erlaubt noch nicht die Einreichung des Anspruchs auf diese Entschädigung“. Dies ist umso bedauerlicher, hatte die WR im Zuge der Corona-Epidemie doch zusätzliche 285 Millionen Euro mobilisiert, um insbesondere Selbständigen und Unternehmen, die nicht zur Schließung gezwungen waren, deren Aktivitäten jedoch erheblich eingeschränkt wurden, diese Entschädigung von 2.500 Euro zu gewähren.

Für die Beschäftigungslage in der WR und der DG sind dies wirklich keine glücklichen Umstände, denn gerade die kleinen Selbständigen und Unternehmen haben unter der Corona-Krise erheblich gelitten. Erst am 18. Mai 2020, also knapp einen ganzen Monat später, verlautete, dass die digitale Plattform ab dem 01. Juni 2020 für die Beantragung dieser weiteren Covid 19-Pauschalentschädigung zur Verfügung steht.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Welche genauen Bedingungen müssen die Antragsteller erfüllen, um in den Genuss besagter Pauschalentschädigung kommen zu können?*
- *Mit welcher Bearbeitungsfrist rechnen Sie in der Praxis für die Bearbeitung dieser Anträge?*
- *Wie schätzen Sie die mögliche Hilfe ein, die diese Prämie für die kleinen Selbständigen und Unternehmen in Ostbelgien darstellen kann?*

- **Frage Nr. 249 von Herrn NELLES (CSP) an Ministerin WEYKMANS zur Corona-Krise - Hilfe für kleine und mittlere Unternehmen in Ostbelgien**

Infolge der Corona-Krise haben gewisse Unternehmen, die ihre Aktivitäten im Zuge der Corona-Krise vollständig einstellen mussten, Anrecht auf eine Beihilfe in Höhe von 5.000 € bzw. 2.500 €.

Diese Unternehmen sind neben anderen zum Beispiel in den Bereichen Gaststätten, Beherbergung oder Einzelhandel tätig.<sup>4</sup>

Dem Vernehmen nach warten jedoch viele ostbelgische Unternehmen immer noch auf diese Beihilfe.

Auch wenn diese Prämienzahlung eine Zuständigkeit der Wallonischen Region ist, so ist doch die Deutschsprachige Gemeinschaft gleichwohl im Bereich der Wirtschaftsförderung aktiv und trägt auf vielfältige Art und Weise somit zur Standortsicherung unserer Betriebe bei.

Daher stellen sich folgende Fragen:

- *Ist die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die schleppende Auszahlung dieser Hilfgelder informiert?*
- *Ist die Regierung in diesem Zusammenhang bei ihren Kollegen der Wallonischen Region bereits interveniert?*
- *Wie stehen die Aussichten, dass diese Zahlungen unmittelbar erfolgen?*

Anhänge: 2

---

<sup>4</sup> <https://economie.fgov.be/fr/themes/entreprises/coronavirus/informations-pour-les/reduction-des-pertes/coronavirus-faq-concernant-les>



## Aufruf an die Lokale Polizei

### **Interdiction d'aller dans sa résidence secondaire**

*« Tout déplacement vers les résidences secondaires en Belgique est également interdit. La police fédérale et les zones de police locale sont chargées de l'application de cette mesure »*

a précisé le ministre de l'Intérieur Pieter De Crem.

In allen Gemeinden der deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es zahlreiche Zweitwohnungen, welche von ausländischen Staatsbürgern bewohnt werden.

Obwohl, zu Zeiten der Coronavirus-Krise, **ein Aufenthalt in Zweitwohnungen derweil nicht gestattet ist**, bewohnen weiterhin - hauptsächlich deutsche Staatsbürger - durchgehend ihre hiesigen Zweitwohnungen und pendeln täglich zwischen NRW und Ostbelgien.

Sind diese Zweitwohnungen in Wirklichkeit für ihre Bewohner doch Erstwohnungen, die diese nur verdeckt als Zweitwohnung deklarieren um u.a. in Belgien weniger Steuern zu bezahlen ?

Und dann stehen vor den Häusern nachts noch die Fahrzeuge mit schwarzweißen Immatrikulationskennzeichen beginnend mit AC, EU und selbst DN und K ...

**Bitte folgen Sie den Anweisungen des Innenministeriums und unternehmen Sie diesbezüglich Kontrollen auf Basis der Eintragungen im Bevölkerungsamt der Gemeindeverwaltungen.**

**Eine Nichtfolgeleistung in dieser Angelegenheit schadet der Glaubwürdigkeit und Integrität der lokalen Polizei in Ostbelgien und stößt zwangsläufig bei der einheimischen Bevölkerung auf Unverständnis und Unmut.**

Anhang Nr. 2 zu der dringenden Frage Nr. 254 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an  
Minister MOLLERS zum Thema: Eltern fordern uneingeschränkte Öffnung der Kindergärten

Minister Harald Mollers  
Klötzerbahn 32  
4700 Eupen

**Betreff:** Forderung zur Öffnung der ostbelgischen Grundschulen ab dem 2. Juni für alle Kinder der  
Kindergarten- und Primarklassen

Sehr geehrter Herr Minister Mollers,

**„Die Luft zu Hause ist raus“**

Das große Ziel während der Corona Pandemie war, die Alten und Schwachen zu schützen, damit diese nicht am Coronavirus sterben und unser Gesundheitssystem auf dem Höhepunkt der Pandemie nicht überlastet wird.

Warum beschränken wir uns also nicht nur auf dieses Ziel? Die Alten und Schwachen isolieren und schützen: Warum muss dies auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden? Ein gewisser Grad an Eigenverantwortung an jede ältere und gesundheitlich angeschlagene Person ist hier gefragt, aber nicht die Isolation der Kinder! Das schießt über das gewollte Ziel hinaus.

Die Quarantänemaßnahmen wurden eingeführt um die Krankenhäuser nicht zu überlasten. Die Aufnahmezahl in den Krankenhäusern ist maßgebend, wann Quarantänemaßnahmen eingeführt werden. Es ist also nicht maßgebend, wie viele Menschen positiv in der Bevölkerung getestet werden! Die Aufnahmekapazität in den ostbelgischen Krankenhäusern ist schon lange nicht mehr überlastet.

Wir müssen lernen, mit dem Virus ein „normales“ Leben zu führen. Ein 0% Risiko gibt es nicht, das gibt es auch nicht in einem Leben ohne Corona! Die Kinder haben ein Recht darauf sich normal zu entwickeln und zu spielen, ohne ein Gefühl der Angst.

Wir stellen uns außerdem die Frage, ob ab jetzt jedes Jahr der Unterricht ausfällt, sobald ein Virus im Umlauf ist? Wozu hat ein Mensch ein Immunsystem? Es hat Ende 2017, Anfang 2018 eine starke Influenza-Grippewelle gegeben (gleiche Übertragungswege wie beim Coronavirus). Zu dieser Zeit waren die Krankenhäuser ebenfalls überfüllt.

*„Jedes Gesetz verdient es hinterfragt zu werden, denn die Menschlichkeit steht über jedem Gesetz“  
Zitat: Martin Matzat*

Zu Beginn der Krise haben wir es als Chance für die Familie gesehen, Zeit zusammen zu verbringen, als Familie zusammen zu wachsen und unser Leben ein wenig zu entschleunigen. Die Zeit miteinander hat viele positive Aspekte im Familienleben mit sich gebracht. Doch nun nach gut 2,5 Monaten ohne Schule ist die Luft definitiv raus, die Nerven liegen blank und die Toleranzgrenze sinkt von Tag zu Tag.

Die Lehrer und Schulen haben uns sehr gut mit Unterrichtsstoff versorgt. Die Organisation und Koordination seitens der Schulen lief professionell ab. Vielen Dank an dieser Stelle an die Lehrer. Zu Beginn war es eine neue Erfahrung mit den Kindern zu lernen, sich Zeit für das Kind zu nehmen. Seit Wochen ist es aber nur noch ein Kampf, die Kinder zu motivieren und zu animieren. Es endet meist mit Drohungen, die Hausaufgaben zu erledigen. Die Eltern-Kind Beziehung leidet extrem darunter. Wir sind Eltern, keine Erzieher oder Lehrer. Wir leisten schon einen 24 Stunden Job (Haushalt, Arbeit, Erziehung) und dazu noch das tägliche Lernen ist für viele Berufstätige einfach schwierig zu meistern.

Seit dem 18. Mai und nun auch seit dem 25. Mai dürfen einige Kinder zur Schule (und das auch nur an einigen Tagen wegen Abstandsregeln?). Wie kann es sein, dass diese Kinder nicht an allen Tagen zur Schule gehen? Wo liegt da die Logik?

Die Kinder sind die vom Coronavirus am geringsten betroffene Bevölkerungsgruppe (*Quelle: Sciensano, institut épidémiologique*) und genau diese Gruppe ist die einzige, die nicht zurück in den Alltag darf? Die Berufswelt arbeitet wieder voll, wer soll nun auf die Kinder aufpassen? Die Omas und Opas? Ja ! Obwohl diese die Betreuung ja eigentlich nicht übernehmen dürfen.

In einem Artikel von „le Soir“ plädieren über 269 Kinderärzte (u.a. aus Eupen und Malmedy) in Belgien dafür, dass die Kinder die erste Bevölkerungsgruppe sein soll, die wieder am Öffentlichkeitsleben teilnimmt. Es gibt überhaupt keinen medizinischen Grund für eine Isolierung. Covid-19 ist für Kinder nicht schlimmer als die jährliche Grippe. <https://plus.lesoir.be/301747/article/2020-05-19/dans-une-carte-blanche-269-pediatres-plaident-pour-une-reouverture-plus-large>

Ab dem 01. Juli ist es laut Beschluss des nationalen Sicherheitsrates vom 22. Mai wieder möglich, die KJ und Ferienlager in den Sommerferien stattfinden zu lassen. Diese Entscheidung haben wir sehr begrüßt; warum dürfen die Kinder sich also einige Wochen vorher nicht in der Schule treffen?

Als die Krise Mitte März begann, sind von einem Tag auf den anderen die Schulen geschlossen worden, was uns Eltern organisatorisch vor große Probleme und Herausforderungen gestellt hat. Warum ist die Öffnung der Schulen dann so schwierig bei so stark fallenden Infektionszahlen? Was in die eine Richtung geht, muss doch auch in die andere Richtung machbar sein.

Die Kinder sind unsere Zukunft, warum wird an sie zuletzt gedacht?

Unsere Kinder brauchen ein Stück Normalität. Im Juli und August sind Sommerferien, also gebt den Kindern bitte noch einmal die Möglichkeit, aktiv am Leben teil zu nehmen, ihre Freunde zu sehen und ihr Schuljahr abzuschließen.

In Flandern öffnen Kindergärten und Grundschulen ab dem 2. Juni wieder vollständig. Warum nicht bei uns? Dort waren die Infektionszahlen höher als in Ostbelgien.

Wir schicken unsere Kinder **ab dem 2. Juni und auch im September** wieder zur Schule, ob als Notbetreuung oder zum regulären Unterricht. Bitte helfen Sie uns und leiten Sie die nötigen Schritte ein, um den Unterricht am 2. Juni für alle Kindergarten- und Primarschüler wieder regulär aufnehmen zu können.

Wir werden dieses Schreiben ebenfalls an so viele Eltern wie möglich richten, in der Hoffnung es uns gleich zu tun.

Wir sollten Vertrauen in unser Immunsystem haben und nicht in ständiger Angst leben.

Die Kinder und Familien werden es Ihnen danken.